

Nikolaj Afanassjewskij

Die OSZE - Gegenwart und Zukunft europäischer Sicherheit¹

Europa erlebt derzeit eine äußerst wichtige und verantwortungsvolle Etappe in seiner Entwicklung. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert sehen sich die europäischen Staaten der Notwendigkeit praktischer Maßnahmen zur Gestaltung eines einheitlichen Sicherheitsraumes ohne Trennlinien auf dem Kontinent gegenüber. In diese Richtung entwickelt sich die Situation auch objektiv. Nach dem Ende des Kalten Krieges und einer Phase der Euphorie zu Beginn der neunziger Jahre, als es so schien, als ob die Gestaltung eines geeinten konfliktfreien Europa ohne Gegensätze in unmittelbarer Reichweite lag, kam die Etappe der Besinnung auf all die Schwierigkeiten eines multipolaren Systems, wie es sich im euro-atlantischen Raum herausbildet. Vor dem Hintergrund der Anerkennung und Verankerung gemeinsamer Wertgrundlagen und Zielvorstellungen der Teilnehmerstaaten in den auf den OSZE-Gipfeltreffen angenommenen Dokumenten ließen sich real existierende Unterschiede in ihren wirtschaftlichen, militärpolitischen und anderen Interessen erkennen.

Interethnische Gegensätze und Konflikte sind zu einem gewichtigen und gefährlichen destabilisierenden Faktor im euro-atlantischen Raum geworden. Sie "zerreißen" nicht nur einzelne Staaten, sie drohen auch auf Nachbarstaaten überzugreifen und sind somit eine Gefahr für die gesamteuropäische Stabilität. Dabei gilt dies nicht allein für den postsowjetischen Raum oder für das ehemalige Jugoslawien. Interethnische Konfliktherde schwelen nach wie vor auch in "wohlhabenden" europäischen Staaten. Man sollte sie nicht unterschätzen, denn es gibt bereits Anzeichen dafür, daß virulente interethnische Konflikte auch die latenten Konflikte entzünden könnten. Auch vor solchen Erscheinungen wie der Verbreitung von Drogen, organisiertem Verbrechen, der Belastung der Umwelt und anderen Problemen darf man nicht die Augen verschließen. So wird Europa mit einer ganzen Reihe alter und neuer Risiken und Herausforderungen vielfältigster Art konfrontiert. Die Europäer müssen sich entscheiden, auf welche Weise diese zu bewältigen sind, damit die gesetzten hohen Ziele erreicht und die Sicherheit gewährleistet werden können.

Aus unserer Sicht ist die Errichtung einer auf einem Vertrag über europäische Sicherheit beruhenden vollwertigen regionalen Organisation auf dem Kontinent der sicherste Weg zur Gewährleistung von Sicherheit und Stabili-

1 Übersetzung der autorisierten russischen Fassung durch Herausgeber und Redaktion.

tät sowie zur Vorbeugung von Konflikten in Europa. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa muß zum zentralen Faktor bei der Gestaltung eines einheitlichen euro-atlantischen Raumes ohne Trennlinien werden. Historisch gesehen, spielte sie die wichtigste positive Rolle bei der Annäherung zwischen Ost und West sowie bei der Entwicklung von Kontakten und Zusammenarbeit zwischen den gegensätzlichen sozialen Systemen. Im Rahmen der OSZE konnte man gemeinsame Prinzipien und "faire Spielregeln" zwischen Staaten mit gegensätzlichen Interessen erarbeiten und vereinbaren. Im Laufe der Jahrzehnte wurden Mechanismen und Instrumente zur Frühwarnung und zur Regelung von Konflikten entwickelt und erprobt. Abgesehen von ihren historischen Grundlagen hat die OSZE auch ihrem Wesen nach eine ganze Reihe von Vorzügen, die es erlauben, gerade diese Organisation in den Mittelpunkt gesamteuropäischer Entwicklungen zu rücken, von ihrer koordinierenden und systembildenden Funktion im euro-atlantischen Raum zu sprechen und in ihr die Zukunft der Gewährleistung der Sicherheit auf dem Kontinent zu sehen.

Erstens ist die Rede von ihrer weiten geographischen Ausdehnung - die OSZE umfaßt 55 Teilnehmerstaaten, darunter nicht nur traditionelle europäische Länder, sondern auch eine Reihe asiatischer Staaten sowie die USA und Kanada. Darüber hinaus unterhält sie Kontakte zu einer ganzen Reihe von Partnerstaaten im Mittelmeerraum sowie in Ostasien, die ihren Beitrag zur Entwicklung des Zusammenwirkens mit der OSZE leisten.

Zweitens hat sich die OSZE im Unterschied zu allen anderen europäischen Organisationen nicht auf einen bestimmten Aspekt spezialisiert, sondern agiert aufgrund eines umfassenden Sicherheitsverständnisses, das den militärpolitischen, wirtschaftlichen, ökologischen, humanitären und andere Bereiche umfaßt.

Drittens funktioniert die OSZE auf der Grundlage des Konsensprinzips mit Ausnahme der Fragen, die die Gewährleistung der Menschenrechte berühren. Wie die Praxis gezeigt hat, ermöglicht es dieses Prinzip in höchstem Maße, die Wahrung der Interessen aller Teilnehmerstaaten der Organisation mit Flexibilität und Handlungsfähigkeit zu verbinden. Dies spiegelt auch den demokratischen Charakter der Organisation wider, in der die Stimme des kleinsten Staates genausoviel "wiegt" wie die einer großen Macht.

Viertens hat die OSZE sozusagen zwei Gesichter. Einerseits ist sie ein Forum für den Dialog, für Verhandlungen und für Zusammenarbeit, das die Richtung des Gestaltungsprozesses des neuen Europa bestimmt und stimuliert. Die OSZE erfüllt eine bedeutende normsetzende Funktion, indem sie die Möglichkeit zu einer tiefgreifenden konzeptionellen Aufarbeitung theoretischer Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im euro-atlantischen Raum gewährleistet. Die Organisation ist als Struktur zur gemeinsamen Ausarbeitung von Kompromissen in den Schlüsselfragen des europäischen

Lebens, an der wir alle, die wir Nachbarn im europäischen Haus sind, beteiligt sind, unersetzlich.

Andererseits verfügt die OSZE über eine breite Auswahl praktischer Instrumente für ihre operative Tätigkeit, unter anderem in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktvorbeugung, Krisenbewältigung sowie Konfliktnachsorge. Solche Instrumente wie Langzeitmissionen hat keine einzige andere Organisation. Ebenfalls wirkungsvoll agieren der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten sowie die Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden. Vor kurzem sind die Institutionen des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit sowie des Koordinators für wirtschaftliche und ökologische Aktivitäten geschaffen worden, von denen wir einen ernsthaften und positiven Beitrag in ihren jeweiligen Bereichen der Sicherheitsbildung erwarten.

Für die Gewährleistung der erfolgreichen Tätigkeit der OSZE ist es äußerst wichtig, die richtige Balance zwischen diesen beiden Funktionen zu bewahren. Es wäre unzweckmäßig, die Rolle der OSZE allein auf operative Aufgaben zu reduzieren und ihre normsetzende Funktion in den Hintergrund zu drängen. Leider tendiert eine Reihe von Teilnehmerstaaten in diese Richtung.

Die Organisation benötigt dringend eine vertraglich-rechtliche Grundlage, klare Dokumente, die ihre Tätigkeit im allgemeinen sowie die Aktivitäten einzelner Instrumente wie z.B. der Missionen reglementieren. Im Falle von Verletzungen des Konsensprinzips besteht die Gefahr, daß die OSZE-Beschlüsse im Interesse einzelner Staaten oder einzelner Staatengruppen instrumentalisiert werden. Die Organisation ist noch weit davon entfernt, in jeder Hinsicht den Kriterien einer regionalen Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen zu entsprechen. Alle diese Probleme resultieren jedoch nicht aus dem Wesen der Organisation. Jede Organisation ist nur so effektiv, wie es von seiten ihrer Mitgliedstaaten erwünscht ist. Das wichtigste ist daher der politische Wille der Teilnehmerstaaten der OSZE zur Entfaltung ihres beträchtlichen Potentials.

Immerhin gibt es nicht unwesentliche Fortschritte in diese Richtung. Die von uns vor einigen Jahren eingebrachte Idee der Ausarbeitung eines neuen Modells europäischer Sicherheit für das 21. Jahrhundert konsolidiert sich und setzt sich durch. Auf dem Lissabonner OSZE-Gipfeltreffen von 1996 ist sie weiterentwickelt worden. Es wurde die Notwendigkeit erkannt, über die Ausarbeitung und Annahme eines neuen umfassenden Dokuments der Organisation - einer Charta über europäische Sicherheit - zu beraten. Im Dezember 1997 wurde auf dem Treffen der Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten in Kopenhagen ein Dokument über die Parameter der Charta angenommen, in dem ihre Grundelemente niedergelegt sind, die weiter aufgearbeitet werden müssen.

Aus unserer Sicht sollte die Ausarbeitung der Charta den Schwerpunkt der Arbeit der OSZE in der gegenwärtigen Etappe ausmachen, geht es doch da-

bei um ein Dokument, das am Maßstab und der Bedeutung der Schlußakte von Helsinki gemessen werden soll. Wie es im Beschluß des Kopenhagener Treffens des Rates der Außenminister heißt, soll die Charta den Bedürfnissen unserer Völker im kommenden Jahrhundert dienen, eine Antwort auf die Sicherheitsrisiken und -herausforderungen sein und die Integrationsprozesse im OSZE-Raum ergänzen und beschleunigen. Die Charta soll die Prinzipien der OSZE bekräftigen und ihre unveränderte Gültigkeit und Anwendbarkeit bei der Gewährleistung von Frieden und Stabilität anerkennen. Dabei soll sie auch in Zukunft den Konsens als Grundlage für die Beschlußfassung in der OSZE beibehalten.

Es ist wichtig, daß der Kopenhagener Beschluß die Aufgabe der Stärkung der OSZE in den ihr eigenen Aktivitäten gestellt hat. Die Außenminister kamen darin überein, daß die OSZE die einzige gesamteuropäische Sicherheitsorganisation ist und somit die Schlüsselrolle bei der Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa spielt.

Dabei wird der innovative Charakter der Charta betont, die einen weiteren Schritt nach vorn hinsichtlich der Standards und der Praxis der OSZE-Teilnehmerstaaten darstellen soll. Wir messen diesem Aspekt eine besondere Bedeutung zu. Zwar bestehen die Grundprinzipien der OSZE unverändert weiter und müssen strikt befolgt werden. Dennoch gehen wir davon aus, daß die Veränderungen in der realen politischen und wirtschaftlichen Lage in Europa die Notwendigkeit geradezu diktieren, diese Prinzipien auf eine neue Art anzuwenden, ohne dabei von der Bestimmung der Schlußakte von Helsinki abzuweichen, daß alle Prinzipien "von grundlegender Bedeutung" sind und "folglich gleichermaßen und vorbehaltlos angewendet" werden, "wobei ein jedes von ihnen unter Beachtung der anderen ausgelegt wird". Die OSZE-Teilnehmerstaaten sollen diese Prinzipien "voll in allen Aspekten in ihren gegenseitigen Beziehungen und ihrer Zusammenarbeit" achten und anwenden, "um jedem Teilnehmerstaat die Vorteile zu sichern, die sich aus der Achtung und der Anwendung dieser Prinzipien durch alle ergeben".

Von diesen Bestimmungen der Schlußakte ausgehend, sind wir der Meinung, daß es an der Zeit ist, die Inhalte und die Anwendung der bestehenden Normen und Prinzipien unter den gegebenen Umständen zu präzisieren. Dieser Prozeß ist *de facto* in der OSZE seit langem im Gange. Beispielhaft dafür sind unter anderem die Beschlüsse des Moskauer Treffens der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE von 1991, die eine Auslegung des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges darstellen. Wir schlagen lediglich vor, diesen Prozeß zu regeln und in einen klaren organisatorischen und rechtlichen Rahmen zu überführen. Die Ausarbeitung der Charta bietet eine der Möglichkeiten dafür.

Gleichzeitig sind wir kategorisch dagegen, die Charta dazu auszunutzen, für einzelne Staaten oder Staatengruppen Möglichkeiten zu schaffen, unter dem Vorwand der "Gewährleistung der Erfüllung von OSZE-Verpflichtungen", der "Solidarität", oder aber durch die Einführung neuer Institutionen und Mechanismen zur "Reaktion auf Verletzungen der Prinzipien und Beschlüsse der OSZE" ohne klares Mandat und ohne Reglementierung ihrer Aktivitäten, sowie ohne sie den kollektiven Führungsorganen der OSZE und in erster Linie dem Ständigen Rat unterzuordnen, die Souveränität ihrer OSZE-Partnerstaaten zu verletzen oder sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen.

Rußland teilt das Anliegen, daß alle Teilnehmerstaaten die OSZE-Prinzipien und die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen in vollem Umfang einhalten müssen. Aus unserer Sicht muß eine solche Umsetzung jedoch für alle gleich sein. Darunter verstehen wir, daß es im Rahmen der OSZE keine "Doppelstandards" in bezug auf diese oder jene Staaten geben darf. Alle Partnerstaaten innerhalb der Organisation müssen unabhängig vom Entwicklungsstand ihrer demokratischen, wirtschaftlichen und anderen Institutionen ihren Verpflichtungen gleichermaßen nachkommen, ohne dabei die Rolle von Richtern zu übernehmen, die andere Teilnehmerstaaten auf ihre Defizite hinweisen. Probleme in diesem Bereich haben alle ohne Ausnahme. Die Frage ist lediglich, ob Verletzungen von Normen die objektive Unfähigkeit widerspiegeln, den hohen OSZE-Standards entsprechen zu können - sei es aus finanziellen, wirtschaftlichen oder anderen zu berücksichtigenden Gründen. In einem solchen Fall bedarf es der Hilfe seitens der internationalen Staatengemeinschaft, jedoch nicht im Ton eines "Anklägers" und ohne Strafmaßnahmen.

Ein herausragendes Beispiel offensichtlicher, grober und fortgesetzter Verletzungen von OSZE-Prinzipien und -Normen ist unter anderem das Verhalten der Führungen von Lettland und Estland gegenüber der auf dem Territorium dieser Staaten lebenden nichttitularen Bevölkerung. Gleich nach der Erlangung der Unabhängigkeit haben diese Staaten einen beträchtlichen Teil ihrer Einwohner in eine ungleichberechtigte Lage versetzt und es unterlassen, Empfehlungen internationaler Organisationen umzusetzen.

Das Ergebnis einer solchen sieben Jahre dauernden Politik sind die Spaltung der estnischen und lettischen Gesellschaft und die Zuspitzung ihrer Beziehungen zu Nachbarstaaten. All das passiert vor dem Hintergrund der im allgemeinen erfolgreichen Lösung einer ähnlichen Situation in Litauen. Wir meinen, daß die Lage der nichttitularen Bevölkerung in den baltischen Staaten (es geht dabei nicht allein um Russen, sondern auch um Polen, Juden, Weißrussen und andere) keine ausschließlich innere Angelegenheit Lettlands und Estlands ist und eine ständige und strenge Kontrolle seitens der OSZE verdient.

Ein anderer kategorischer Imperativ ist die Ablehnung der Schaffung neuer Trennlinien auf dem europäischen Kontinent durch die Hervorhebung des Rechts auf Mitgliedschaft in militärischen Bündnissen. Ein solcher Trend findet sich leider in erster Linie in den Positionen jener Staaten, die einen möglichst baldigen Beitritt zur NATO anstreben. Wir betrachten diese Linie als den Versuch, eine entsprechende "offizielle Auslegung" des Prinzips souveräner Gleichheit und der Achtung der Souveränität innewohnenden Rechte auf eine Weise festzuschreiben, die die Interessen europäischer Stabilität und Sicherheit ernsthaft beeinträchtigen wird.

Das Recht, "seine Sicherheitsvereinbarungen einschließlich von Bündnisverträgen frei zu wählen oder diese im Laufe ihrer Entwicklung zu verändern", ist in vielen OSZE-Dokumenten enthalten, darunter in den Beschlüssen von Kopenhagen bezüglich der Richtlinien für die Charta über europäische Sicherheit. Im selben Beschluß ist jedoch eine weitere Bestimmung klar und deutlich festgeschrieben, die die Anhänger der freien Wahl von Bündnisverpflichtungen gern verschweigen: "Sie werden ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen."

Das Kopenhagener Ministertreffen legte auch fest, daß "(i)nnnerhalb der OSZE (...) keinem Staat, keiner Organisation oder Gruppierung mehr Verantwortung für die Erhaltung von Frieden und Stabilität in der OSZE-Region zu(kommt) als anderen" und daß keiner/keine von ihnen "irgendeinen Teil der OSZE-Region als seinen/ihren Einflußbereich betrachten" könne. Somit kann man die oben angeführten Bestimmungen von Kopenhagen nur in ihrer Gesamtheit betrachten. Allein auf diese Weise wird die Erreichbarkeit des Ziels gleicher Sicherheit für alle OSZE-Teilnehmerstaaten gewährleistet, so wie es in der Charta von Paris aus dem Jahre 1990 niedergelegt ist.

Eine fundamentale Frage ist diejenige nach der Beibehaltung des Konsensprinzips. Wie schon erwähnt, ist die Abweichung von diesem Prinzip in streng eingegrenzten Ausnahmefällen, die den Bereich der Achtung der Menschenrechte betreffen, zulässig. Dies berührt jedoch nicht die in den Beschlüssen von Kopenhagen festgeschriebene grundlegende Bestimmung, daß der Konsens auch weiterhin als Grundlage für die Beschlußfassung in der OSZE beibehalten werden soll. Anderenfalls könnte die OSZE statt für die Durchsetzung gemeinsam abgestimmter Interessen für die Durchsetzung der tagespolitischen Linie einer Reihe von Staaten mit dem Ziel instrumentalisiert werden, andere Staaten durch Druck dahingehend zu beeinflussen, daß sie die Ausübung der ihrer Souveränität innewohnenden Rechte den Interessen ersterer unterordnen, die sich dadurch Vorteile jeglicher Art sichern könnten. Mit anderen Worten: Es geht um eine strategische Bedrohung für die OSZE, um die Gefahr der Verletzung von Prinzipien, von denen sich die Teilnehmerstaaten in ihren gegenseitigen Beziehungen in Übereinstimmung mit der Schlußakte von Helsinki leiten lassen.

In diesem Zusammenhang erscheint die Frage nach der Notwendigkeit, "zugunsten der Gewährleistung der Flexibilität der OSZE" vom Konsens abzuweichen, unangemessen. Die Effektivität und in diesem Fall die Flexibilität der OSZE werden nicht so sehr von der Methode der Beschlußfassung, sondern vielmehr vom politischen Willen und der Kompromißbereitschaft der Teilnehmerstaaten bestimmt.

Was die OSZE als regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen und ihre zentrale Rolle bei der Gewährleistung europäischer Sicherheit anbelangt, schlägt die russische Seite zur Festigung dieser Rolle vor, in Weiterentwicklung des Prinzips der Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt die Annahme der Verpflichtung zu vereinbaren, jedem Staat, der Objekt einer Aggression geworden ist, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Beistand zu leisten. Dabei soll das Vorliegen einer Aggression durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen festgestellt werden. Eine solche Vereinbarung würde aus unserer Sicht Argumente über eine relative "Schwäche" der OSZE widerlegen und die enge Verbindung der Organisation mit den VN bekräftigen.

Das wichtigste Merkmal der Charta ist ihr umfassender Charakter, die Berücksichtigung aller - militärpolitischer, wirtschaftlicher, humanitärer und anderer - Aspekte der Sicherheit.

Die Charta soll dazu beitragen, die erzielten Erfolge in den Bereichen militärische Zusammenarbeit, Rüstungskontrolle sowie Vertrauens- und Sicherheitsbildung zu sichern.

Im wirtschaftspolitischen Bereich sollte den Interessen der Transformationsländer sowie der Förderung ihrer Integration in das globale Wirtschaftssystem besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Darüber hinaus soll die Charta das Potential der OSZE zur Bekämpfung solcher Bedrohungen gemeinsamer Sicherheit stärken wie Verletzungen von Menschenrechten und Grundfreiheiten, Erscheinungen von Intoleranz, von aggressivem Nationalismus, Rassismus, Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Unter Berücksichtigung der aktuellen Situation in Europa werden in diesem Zusammenhang Fragen der Aufrechterhaltung des interethnischen Dialogs und der Förderung der Ausführung der Bestimmungen bezüglich der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten einen besonderen Stellenwert einnehmen. Wir rechnen damit, daß die Annahme der Charta dazu beitragen wird, daß Situationen wie die in Albanien oder Kosovo umgehend und effektiv gelöst werden. Dabei müssen selbstverständlich neben den Rechten nationaler Minderheiten auch die Interessen multinationaler Staaten berücksichtigt werden; darunter fällt auch die strikte Befolgung des Prinzips ihrer territorialen Integrität.

Auch die Fragen der operativen Tätigkeit der OSZE, darunter die der Friedenserhaltung, der Erhöhung der Effektivität der Organisation in den Berei-

chen Frühwarnung, präventive Diplomatie, Konfliktvorbeugung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge, dürfen nicht in den Hintergrund treten. Schließlich soll die Charta die Rolle der OSZE als ein Forum des Zusammenwirkens regionaler und subregionaler Gruppierungen im OSZE-Raum festschreiben. Diese Funktion der Organisation hat eine besondere Bedeutung unter Bedingungen, in denen sich mehrere große Strukturen mit Fragen der Sicherheit im euro-atlantischen Raum befassen. Wir rechnen damit, daß die Charta zur Strukturierung sowie zur Regelung und somit auch zur Erhöhung der Effektivität interinstitutionellen Zusammenwirkens beitragen wird. Dabei geht es nicht darum, daß die OSZE andere Organisationen dominieren soll. Die Zusammenarbeit soll einen nichthierarchischen Charakter haben und auf die optimale Nutzung der Möglichkeiten und des Potentials jeder der Organisationen ausgerichtet sein. Dabei kann die OSZE die Rolle eines Koordinators übernehmen. Es soll auch nicht darum gehen, die OSZE anderen Strukturen wie der NATO, der EU oder dem Europarat entgegenzusetzen. Die seitens der NATO erklärte Bereitschaft, friedenserhaltende Operationen unter einem OSZE-Mandat durchzuführen, ist aus unserer Sicht ein positiver Faktor. In der Rußland-NATO-Grundakte ist die Verpflichtung beider Seiten festgeschrieben, zur Stärkung der OSZE beizutragen und ihre Effektivität zu erhöhen. Wir glauben, daß die Entwicklung interinstitutioneller Zusammenarbeit und die Festschreibung ihrer Modalitäten in der Charta zur Ausarbeitung optimaler kooperativer Lösungen für konkrete Probleme in unterschiedlichsten Bereichen beitragen werden.

Die Charta über europäische Sicherheit soll ein Dokument sein, das auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs angesiedelt ist, auf der sie auch verabschiedet werden sollte. Dies wird umfangreiche und anstrengende Arbeit von allen Teilnehmerstaaten erfordern.

Die Erarbeitung und Verabschiedung der Charta über europäische Sicherheit soll die Tätigkeit der OSZE auf ein höheres Niveau heben und ihre Rolle und Bedeutung bei der Gewährleistung europäischer Sicherheit stärken. Diesem Ziel würde auch die strikte Befolgung bereits angenommener Beschlüsse bezüglich der Regelmäßigkeit politischer Treffen der OSZE auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs sowie der Außenminister dienen. Die spezifische Art der Organisation macht es notwendig, ihr alle zwei Jahre Impulse auf höchster Ebene in Form von im Zweijahresrhythmus stattfindenden Gipfeltreffen zu geben. In den Jahren, in denen es kein Gipfeltreffen gibt, sollten Treffen des Rates der Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten einberufen werden. Die Handlungsfähigkeit und letztlich das Ansehen der Organisation werden weitgehend davon abhängen, ob wir Modalitäten für ihre organisatorische Stärkung und ihre alltäglichen Aktivitäten vereinbaren können.

Zusammenfassend sollte nochmals hervorgehoben werden, daß die Organisation vor schwierigen Problemen und Aufgaben, neuen Risiken und Herausforderungen steht. Die OSZE verfügt über ein ausreichendes Potential zu deren erfolgreicher Bewältigung. Alles wird vom Willen und von der Bereitschaft der Teilnehmerstaaten abhängen, bei der Stärkung der OSZE und der vollen Ausschöpfung der ihr innewohnenden Möglichkeiten zur Erfüllung der Hoffnungen und Erwartungen der im OSZE-Raum lebenden Völker - das feste Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten basierenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit sowie gleiche Sicherheit für alle unsere Staaten - zusammenzuarbeiten.

